

OFFENES VERFAHREN ZUR AUFNAHME EINES DARLEHENS MIT FESTZINS FÜR DIE
TEILFINANZIERUNG DES ANKAUFS VON AUTOBUSSEN IM ÖFFENTLICHEN LINIENDIENST

ERSATZERKLÄRUNG

VON BEURKUNDUNGEN UND GLEICHZEITIGE ERSATZERKLÄRUNG EINER BEEIDETEN
BEZEUGUNGSURKUNDE (NOTARIETÄKTSAKT) GEMÄß ART. 46 UND 47 DES DPR NR. 445/2000 AUF
STEMPELFREIEM PAPIER

Der Unterzeichnete _____

geboren am _____ in _____

wohnhaft im der Gemeinde _____

Provinz _____ Staat _____ Straße/Platz _____

in seiner Funktion als _____

des Wirtschaftsbeteiligten _____

(genau angeben, ob es sich um einzelnen Teilnehmer, federführendes Unternehmen oder Mandant handelt)

mit Rechtssitz in der Gemeinde _____ PLZ _____ Provinz _____

Staat _____ Straße/Platz _____

Steuernr. _____ MWStNr. _____

Tel. _____ Fax _____ E-mail _____

Angewandter NKV _____ *(zuständigen Bereich angeben)*

Gesamtzahl der Angestellten: _____

Zahl der Angestellten im Rahmen des Gesetzes 68/99 mit dessen Änderungen durch das Gesetz Nr.
247/2007: _____

Mit folgender Stellung:

Nationalinstitut für Sozialfürsorge „INPS“ von _____ Matr.nr. _____;

Nationalinstitut für Versicherung gegen Arbeitsunfälle „INAIL“ von _____ Matr.nr. _____;

TÄTIGKEITKODEX entsprechend den Werten der Steuerbehörde _____

Gewählter und genehmigter Sitz für die Mitteilungen gemäß Art. 79 Abs. 5 – bis und 5 – quinquies des
G.V.D. Nr. 163/2006:

Fax Nr. Zertifizierte E-mail-Adresse (PEC):.....

sich bewusst, dass er im Falle von falscher Erklärung, im Sinne des Strafgesetzbuches gemäß Art. 76 des DPR 445/2000 bestraft wird

ERKLÄRT

a) dass der Anbieter die Natur der Dienstleistung, die Gegenstand des vorliegenden Verfahrens ist, und aller allgemeinen und besonderen Umstände, die ihre Durchführung beeinflussen können, zur Kenntnis genommen hat;

b) dass der Anbieter bedingungslos und vorbehaltlos alle in der Ausschreibung, in den Wettbewerbsbedingungen und im Leistungsverzeichnis enthaltenen Bestimmungen und Vorschriften annimmt;

c) dass der Anbieter im Unternehmensregister der Handelskammer von _____ ab dem _____ unter der Nr. _____ mit folgender Rechtsform _____ eingeschrieben ist; zur Ausübung der Tätigkeit gemäß der Art. 10, 13 und 42 des Legislativdekrets Nr. 385/1993 berechtigt ist; im Berufsregister gemäß der Art. 13 und 64 des Legislativdekrets Nr. 385/1993 unter der Nummer _____ eingetragen ist; die Genehmigung zur Ausübung der Banktätigkeit gemäß Art. 14 des Legislativdekrets Nr. 385/1993 besitzt.

Im Falle einer ausländischen Rechtsperson müssen die im Herkunftsland zur Ausübung üblichen Eintragungen und Genehmigungen bezüglich der in der vorliegenden Ausschreibung vorgesehenen Tätigkeit angegeben werden:

d) dass der Anbieter sich nicht im Insolvenz-Konkursverfahren, in einer Zwangsliquidation oder einem gerichtlichen Zwangsausgleich befindet und dass auch nicht gegen das Unternehmen ein Verfahren zur Feststellung einer dieser Situationen eingeleitet wurde;

e) dass:

- der Inhaber (im Falle eines Einzelunternehmens),
- die Gesellschafter (im Falle einer offenen Handelsgesellschaft),
- die Komplementäre (im Falle einer Kommanditgesellschaft),
- die Verwalter mit Vertretungsbefugnis oder der alleinige Gesellschafter, der eine natürliche Person ist, oder die Mehrheitsgesellschafter bei Gesellschaften mit weniger als vier Gesellschafter (im Falle von anderen Gesellschaften oder Konsortien), **welche derzeit im Amt sind**, folgende sind:

Tab. 1

Amt/Rolle	Vorname und Name	Geburtsdatum und -ort Wohnsitz (Strasse und Stadt)	Steuerkodex

f) dass:

- der Inhaber (im Falle eines Einzelunternehmens),
- die Gesellschafter (im Falle einer offenen Handelsgesellschaft),
- die Komplementäre (im Falle einer Kommanditgesellschaft),
- die Verwalter mit Vertretungsbefugnis oder der alleinige Gesellschafter, der eine natürliche Person ist, oder die Mehrheitsgesellschafter bei Gesellschaften mit weniger als vier Gesellschafter, (im Falle von

anderen Gesellschaften oder Konsortien), **die ihr Amt im Jahr vor der Veröffentlichung gegenständlicher Ausschreibung niedergelegt haben**, folgende sind: (Falls nicht zutreffend, die nachstehende Tabelle durchstreichen)

Tab. 2

Amt/Rolle	Vorname und Nachname	Geburtsdatum und -ort	Steuerkodex

g) dass ihm gegenüber kein Verfahren zur Anwendung einer vorbeugenden Maßnahme im Sinne des Art. 3 Gesetz Nr. 1423/1956, oder eines Hinderungsgrundes gemäß Art. 10 Gesetz Nr. 575/1965 behängt und über das Nichtvorhandensein von Verfahren zur Anwendung der erwähnten Maßnahme zu Lasten der in der **Tab. 1** angegebenen Personen **unmittelbar Kenntnis zu haben**¹;

h) in Bezug auf der vorhergehenden Buchstabe g): sollte er geschädigte Person aufgrund einer Straftat nach Artikel 317 und 629 Strafgesetzbuch, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzes-Dekretes Nr. 152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr. 203/1991, sein, dass er es nicht unterlassen hat, diese Straftaten der Gerichtsbehörde zur Anzeige zu bringen, außer in den Fällen gemäß Artikel 4, Absatz 1, des Gesetzes Nr. 689/1981 und vorausgesetzt, dass die Vorgaben gemäß Art. 38, Absatz 1, Buchstabe m-ter des G.V.D. Nr. 163/2006 gegeben sind;

i) dass ihm gegenüber kein rechtskräftiges Urteil oder unwiderruflicher Strafbefehl, oder Urteil auf Strafzumessung auf Antrag im Sinne von Art. 444 der Strafprozessordnung erlassen wurde für schwere Straftaten zum Schaden des Staates oder der Allgemeinheit, die die berufliche Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellen; und dass er nicht rechtskräftig für eine oder mehrere Straftaten verurteilt wurde in Bezug auf die Teilnahme an einer kriminellen Organisation, Bestechung, Betrug, Geldwäsche, wie in den Akten der europäischen Gemeinschaft, die in Art. 45, Paragraph 1, EU-Richtlinie 2004/18 zitiert werden, definiert, und dass er **unmittelbare Kenntnis hat**, dass gegen keine der in der **Tab. 1 und 2** angeführte Personen Verurteilungen dieser Art vorliegen². Im Bezug auf den in der **Tab. 2** angeführte Personen GILT der vorliegende Ausschlussgrund NICHT wenn das Unternehmen mittels geeignete Dokumentation die vollständige und effektive Dissoziation von der Straftat beweist. (Der Ausschlussgrund GILT NICHT wenn die Straftat für straffrei erklärt wurde, oder wenn die Rehabilitation erklärt wurde oder wenn die Straftat nach der Verurteilung für erloschen erklärt oder widerrufen wurde).

oder

dass er wie folgt strafrechtlich verurteilt worden ist:

.....

¹ Falls der gesetzliche Vertreter keine unmittelbare Kenntnis über das Nichtvorliegen von Verfahren zulasten der vorgenannten Rechtspersonen wegen Anwendung solcher Verfahren besitzt, muss von jeder dieser Rechtspersonen eine Ersatzerklärung gemäß DPR 445/2000 erteilt werden die bescheinigt, dass keine solche Ausschließungsgründe vorliegen. Diese Ersatzerklärung muss der gegenständlichen Teilnahmeerklärung beigelegt werden.

² Falls der gesetzliche Vertreter keine unmittelbare Kenntnis über das Nichtvorliegen von solcher strafrechtliche Verurteilungen zulasten der vorgenannten Rechtspersonen besitzt, muss von jeder dieser Rechtspersonen eine Ersatzerklärung gemäß DPR 445/2000 erteilt werden die bescheinigt, dass keine solche Ausschließungsgründe vorliegen, oder welche die Auflistung der strafrechtlichen Verurteilungen enthält. Diese Ersatzerklärung muss der gegenständlichen Teilnahmeerklärung beigelegt werden.

und/oder

unmittelbare Kenntnis zu haben, dass die in der vorhergehende Tabellen 1 und 2 (Namen und Vorname angeben) wie folgt strafrechtlich verurteilt wurden:

.....
aber dass eine vollständige und tatsächliche Abgrenzung von der strafrechtlich verfolgten Handlung vorlag. **Als Beweis werden folgende Unterlagen hinterlegt:**
.....

- j) dass er nicht gegen das von Art. 17 Gesetz 19.03.1990 Nr. 55 vorgesehene Verbot des Treuhandmandates verstoßen hat (*Es kommt Art. 38, Abs. 1, Buchst. d) G.V.D. Nr. 163/2006 zur Anwendung.*);
- k) dass er sich keiner nachweislichen groben Verstöße gegen die Sicherheitsbestimmungen oder anderer Pflichten aufgrund abhängiger Arbeitsverhältnisse schuldig gemacht hat, die aus den Daten hervorgehen, die der Beobachtungsstelle zur Verfügung stehen;
- l) dass er sich keiner groben Vernachlässigung oder des schlechten Glaubens bei der Ausführung der anvertrauten Leistungen schuldig gemacht hat, oder bei der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit einen groben Fehler begangen hat;
- m) dass er sich keiner endgültig festgestellten Verletzungen der Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben nach den italienischen Rechtsvorschriften oder jenen des Staates, in dem er seine Niederlassung hat, schuldig gemacht hat, die im Sinne des Art. 38, Absatz 1, Buchstabe g) und Absatz 2 des GvD Nr. 163/2006 als grob einzustufen sind;
- n) dass er im informatisierten Register gemäß Art. 7, Absatz 10 des GvD Nr. 163/2006 keine Eintragung aufweist, weil er Falscherklärungen oder falsche Unterlagen in Bezug auf die Voraussetzungen und Bedingungen abgegeben hat, die für die Teilnahme an öffentlichen Vergabeverfahren erheblich sind sowie für die Beauftragung von Subunternehmen;
- o) dass er die Vorschriften des Gesetzes vom 12. März 1999 Nr. 68, welche das Recht auf Arbeit der Personen mit Behinderung regeln, einhält (Erklärung gemäß Art. 17 Gesetz vom 12. März 1999 Nr. 68);
- p) dass gegen ihn keine Untersagungsmaßnahme gemäß Artikel 9, Absatz 2, Buchstabe c) Gesetzesvertretendes Dekret vom 8. Juni 2001 Nr. 231 verhängt wurde, oder eine andere Sanktion, die das Verbot, mit der öffentlichen Verwaltung Verträge abzuschließen, mit sich bringt, einschließlich der Untersagungsmaßnahmen im Sinne von Art. 36-bis, Absatz 1 des Gesetzesdekretes vom 4. Juli 2006 Nr. 223, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz vom 4. August 2006 Nr. 248;
- q) dass er die Beiträge an die gesetzlichen Sozialleistungsträger ordnungsgemäß einzahlt;

Zutreffendes ankreuzen:

- r) dass er sich in keinem Abhängigkeitsverhältnis laut Artikel 2359 des Zivilgesetzbuches mit jeglichem Subjekt befindet und das Angebot selbständig formuliert hat;

oder

- keine Kenntnis über die Teilnahme der folgenden Subjekte

_____ an diesem Verfahren zu haben, die sich gegenüber dem erklärenden Bieter in einem Abhängigkeitsverhältnis laut Artikel 2359 des Zivilgesetzbuches befinden, und bestätigen, das Angebot selbstständig formuliert zu haben.

oder

- Kenntnis über die Teilnahme der folgenden Subjekte
- _____

an diesem Verfahren zu haben, die sich gegenüber dem erklärenden Bieter in einem Abhängigkeitsverhältnis laut Art. 2359 des Zivilgesetzbuches befinden, und erklärt zudem, das Angebot selbständig formuliert zu haben, **wie aus der ANLAGE „Dokumentation zum Abhängigkeitsverhältnis“ hervorgeht, die bestätigt, dass das Abhängigkeitsverhältnis die Angebotsformulierung nicht beeinflusst hat;**

- s) (Fall eines Wettbewerbsteilnehmers mit Sitz in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union) dass der Anbieter aufgrund der vorgebrachten Unterlagen nach den in den jeweiligen Ländern geltenden Bestimmungen in Besitz der notwendigen Voraussetzungen zur Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen ist;
- t) dass der Anbieter darüber in Kenntnis gesetzt ist, dass für die Einreichung des Angebots keinerlei Kostenrückerstattung oder Vergütung vorgesehen sind und dass die übersandten Unterlagen bei den Akten der SASA SpA-AG bleiben;
- u) dass der Anbieter, im Falle der Vergabe, die Ausführungsmodalitäten der vertraglichen Leistungen entsprechend der im Leistungsverzeichnis aufgeführten Bestimmungen erfüllt;
- v) dass im Zusammenhang mit der gegenständlichen Ausschreibung keine Vereinbarungen und/oder Praktiken bestehen, die eine Einschränkung des Wettbewerbs und des Marktes bewirken und die nach den anwendbaren Bestimmungen, einschließlich Art. 81 und ff. des EG-Vertrages sowie Art. 2 und ff. des Gesetzes Nr. 287/1990 verboten sind, und dass das Angebot unter strikter Einhaltung dieser Bestimmungen erstellt wurde;
- w) sich zu verpflichten, den Auftraggeber über jede in den Besitzverhältnissen, in der Betriebsstruktur, in den technischen Diensten und in der Verwaltung eingetretene Änderung, auch im Bereich der Subunternehmer, unverzüglich zu unterrichten;
- x) dem Auftraggeber zu gestatten, die im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung eingereichten Unterlagen den Mitbewerbern an der Ausschreibung zur Durchsicht zur Verfügung zu stellen, nach GVD 163/06, Artikel 79;
- y) dass im Fall von Bietergemeinschaften die Anteile der Lieferung, welche von den einzelnen Unternehmen ausgeführt werden, folgende sind (**DIE ANGABE VON BETRÄGEN IN EURO HAT DEN AUSSCHLUSS VOM WETTBEWERB ZUR FOLGE**)

UNTERNEHMEN		PROZENTSATZ DER LIEFERUNG

Datum

Unterschrift des bevollmächtigten Vertreters
